

Nitrofen - Chronik einer angekündigten Vergiftung

Zusammenfassung

Hinter dem **Nitrofen-Skandal** steht ein massiver Angriff auf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Doch wie schon bei vorherigen Skandalen im Ernährungsbereich war die Empörung nur ein kurzes Strohfeuer. Es fehlen die politischen und juristischen Konsequenzen.

Die Recherchen von **foodwatch**, die eine umfassende Chronologie der Geschehnisse dokumentieren, beleuchten die Tragweite des Vorfalles.

Das sind die Ergebnisse:

- Behörden auf Kreis- und Landesebene waren Jahre vor dem Bekanntwerden der Nitrofen-Belastung der Malchiner Lagerhalle über die Gefahrenlage informiert, sind aber untätig geblieben.
- Die Kontamination der Lagerhalle in Malchin war offensichtlich. Sie bestand in einem deutlich abgegrenzten Bereich und war schon aufgrund der starken Geruchsbelästigungen selbst für Laien nahe liegend.
- Während bei den kontaminierten Mengen das Augenmerk bisher vor allem auf rund 1.000 Tonnen Öko-Weizen und -Futtermitteln lag, muss von einer weitaus höheren belasteten Gesamtmenge ausgegangen werden: Eine Getreidereinigungsanlage in dem Ort Altentreptow wurde um die Jahreswende 1999/2000 mit 2.000 Tonnen Nitrofen-belasteter Gerste beschickt. Bei der Überprüfung der Anlage im Juni 2002 waren noch deutliche Kontaminationen mit Nitrofen nachweisbar. In der Zwischenzeit sind jedoch nach vorsichtigen Schätzungen mindestens weitere 100.000 Tonnen Getreide durch die Anlage gelaufen. Das Nitrofen wurde demnach großflächig in den Nahrungsmittelkreislauf gebracht.

INHALT

- 02 **ZUSAMMENFASSUNG**
- 04 **DIE CHRONIK** Der Nitrofen-Skandal hat sich über Jahre angekündigt
- 10 **FOODWATCH. DIE ORGANISATION** Unsere Ziele

- 2.000 Tonnen belasteter Gerste hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) EU-subventioniert nach Jordanien exportiert.

Das Dossier zeigt, dass der Nitrofen-Skandal kein Betriebsunfall ist, für den "schwarze Schafe" verantwortlich sind. Der Skandal hat System. Entstehung und Ausmaß des Skandals sind eine Folge von unhaltbaren Zuständen in den Strukturen, bei den verantwortlichen Behörden wie auch bei den beteiligten Firmen der Futtermittelindustrie.

(Wie diese Strukturen aussehen, hat foodwatch in einer zusätzlichen Recherche dokumentiert, die im Internet verfügbar ist unter: <http://www.foodwatch.de/showpage.php?pageId=229>.)

Aufgrund dieser Situation erhebt **foodwatch** die folgenden **Forderungen**, um Verbraucherinnen und Verbraucher zukünftig besser zu schützen:

- Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) muss unverzüglich für eine lückenlose Aufklärung der gesamten Vorgänge seit Übernahme der Lagerhalle in Malchin durch die Treuhandanstalt 1990 sorgen.
- Insbesondere sind die Maßnahmen zu nennen, die in der Folge der Untersuchungen der Biologischen Bundesanstalt getroffen wurden, um die nicht mehr anwendbaren Altbestände an Pflanzenschutzmitteln in ehemaligen agrochemischen Zentren (ACZ) und ehemaligen Kombinat für materiell technische Versorgung (MTV) zu erfassen und schadlos zu vernichten.
- Gesetzeslücken bei der Lagerung von Getreideerzeugnissen sind umgehend zu schließen (Registrierung, Dokumentation, Haftung).

Chronik einer angekündigten Vergiftung

1990

Die Treuhand übernimmt das Handelskontor für materiell-technische Versorgung der Landwirtschaft (MTV) mit Hauptsitz in Neustrelitz. Das kurz darauf in DIVER GmbH umbenannte Unternehmen verfügt über weitere Betriebseinheiten in Prenzlau, Drosedow sowie in Malchin. Ziel ist der schnellstmögliche Verkauf des Unternehmens, bevorzugt an ehemalige Mitarbeiter des MTV.

1990/1991

Das Potsdamer Umweltministerium beauftragt die Biologische Bundesanstalt mit Rückstandsuntersuchungen von Pflanzenschutzmitteln (PSM) in ehemaligen "agrochemischen Zentren" (ACZ) im Land Brandenburg, die von den MTV beliefert wurden.

1991

Im November nimmt die – inzwischen aufgelöste – Berliner Firma "Geoteam" sechs Bodenproben auf dem Malchiner Betriebsgelände. In einer der Proben werden "geringfügige Erhöhungen an Nitrophenol und 4-Chlor-3-Methylphenol im Boden festgestellt". Geoteam schlägt weitere Untersuchungen vor, "die vor allem auf das Grundwasser ausgerichtet sind".

1992

Am 22. Januar übernehmen vier ehemalige leitende Angestellte des MTV die DIVER GmbH von der Treuhand zum Kaufpreis von fünf Millionen DM. Von Beginn an steht die junge Firma unter finanziellem Druck, denn der Kauf wurde zu 100 Prozent über Bankkredite finanziert. Die DIVER GmbH plant, den Handel mit Landwirtschafts- und Gartenbedarf fortzuführen.

Zum übernommenen "Warenbestand" der DIVER GmbH gehören etwa 140 Tonnen inzwischen verbotene Pflanzenschutzmittel (PSM). – Eine Hinterlassenschaft mit Folgen, denn unter Punkt 6.3 des Kaufvertrages (Treuhandvertrag 1736/1991) ist festgehalten, dass die Treuhand für die Beseitigung von eventuellen Altlasten bis zur Höhe von 1,5 Millionen DM nicht aufkommt. Die DIVER GmbH sammelt ihren unverkäuflichen Altbestand an PSM in Malchin.

Auf dem dortigen Grundstück mit einer Größe von 1,8 Hektar befinden sich zwei Lagerhallen und zwei Betriebsgebäude. Die größere Halle umfasst 2065 Quadratmeter. Im hinteren, abgetrennten Bereich der großen Halle sind auf 582 Quadratmetern die nicht mehr zugelassenen PSM gelagert, darunter auch so genanntes "Trizilin 25" mit dem Wirkstoff Nitrofen. Das seit 1990 nicht mehr zugelassene, flüssige Pestizid lagert in Metallfässern. Lagerfähigkeit der Fässer laut

**Silo - Anlage
der HaGe
Nordland in
Altentreptow**



Herstellerangaben: 2 Jahre. Sie ist zu diesem Zeitpunkt bereits überschritten.

Die Untersuchung der Biologischen Bundesanstalt im Land Brandenburg wird im Dezember 1992 abgeschlossen. Die Wissenschaftler prüfen insgesamt 37 von 66 ehemaligen ACZ. In 24 ACZ nimmt die BBA schließlich Bodenproben. Das alarmierende Ergebnis: 59 Prozent der gezo-genen Bodenproben weisen Wirkstoffgehalte zumeist weit oberhalb der gesetzlichen Eingreif-werte auf. An zwei Standorten werden Belastungen gemessen, die um das 500-fache darüber liegen.

1993

Die Biologische Bundesanstalt (BBA) wendet sich am 17. August 1993 mit einem Schreiben an das Bundesministerium für Landwirtschaft in Bonn, verweist auf die Brandenburger Untersuchungen und warnt eindringlich vor der lauernden Gefahr: danach seien PSM-Waschplätze, Befüllstellen, PSM-Lager, Leergutlager und Feldflugplätze als "Sanierungsschwerpunkte anzusehen". Zitat: "Ja, es werden weitere Aktivitäten als notwendig angesehen". Dazu gehört: "Klärung der Kontami-nationsquellen und Sanierungsentscheidung". Nach Auskunft der BBA wird dieser Brief nie beantwortet.

1994

Die Brandenburger Untersuchungen werden im "Nachrichtenblatt des Deutschen Pflanzenschutz-dienstes" der BBA veröffentlicht und sind damit allen Pflanzenschutzämtern zugänglich. Die DIVER GmbH beginnt mit der Sicherung und Entsorgung der verbotenen PSM, auch der durch-rosteten Trizilinfässer, die nach Angaben einer früheren Mitarbeiterin zu diesem Zeitpunkt "Leckagen" aufweisen.

Eine unbekannte Menge Trizilin sickert in den porösen Hallenboden.

Die Gebinde werden von der Berliner Firma

Buck vor Ort nach und nach in größere Behälter umgesetzt und in einer Ecke des Malchiner PSM-Lagers zwischengelagert. Anschließend bringt Buck das gefährliche Material zur "HIM Hessische Industriemüll GmbH" in Biebesheim zur Verbren-nung. Insgesamt entsorgt die DIVER GmbH auf eigene Faust etwa 50 Tonnen nitrofenhaltige Abfälle, darunter auch 17,46 Tonnen Trizilin 25. Das zuständige "Staatliche Amt für Umwelt und Natur" in Neubrandenburg erklärt, die DIVER GmbH habe sich "stets um Zusammenarbeit mit den Behörden bemüht".

1995

Das Land Mecklenburg-Vorpommern legt ein Förderprogramm zur Entsorgung verbotener PSM auf. Allerdings unterbleibt eine systematische Nachfrage nach vorhandenen Beständen. Mit Hilfe des Schweriner Förderprogramms werden 340 Tonnen alter PSM vernichtet. Kosten-beteiligung des Landes Mecklenburg-Vorpom-mern: 730.000 DM. Die DIVER beteiligt sich an dem Programm und entsorgt weitere 88 Tonnen nicht mehr zugelassener PSM aus Malchin. Das PSM-Lager im abgetrennten Teil der großen Halle ist nun leer. Die Geruchsbelastungen dort sind nach übereinstimmenden Aussagen jedoch nach wie vor enorm. Eine Zeugin: "Jeder, der dort war, kriegte mit, dass es nach Chemikalien stank." Die "Geothermie Neubrandenburg GmbH" unter-sucht das Grundwasser unterhalb des DIVER-Geländes in Malchin. Ergebnis: Die gemessenen Belastungen mit PSM liegen teilweise um das 100-fache über den so genannten "Maßnahme-schwellenwerten".

Das Schweriner Umweltministerium beauf-tragt die "HGN Hydrogeologie GmbH" in Wittstock mit einem Gutachten zu Boden- und Wasserbelas-tungen in der Umgebung des Malchiner Betriebsgeländes.

1996

Die "URST GmbH Greifswald" nimmt weitere Bodenproben auf dem Malchiner Gelände der DIVER. Ergebnis: "Im Boden wurden keine sehr hohen Schadstoffkonzentrationen, ausgenommen der Organochlorpestizide (21,3 mg/kg TS) in der Mischprobe MCH 6/1, nachgewiesen." Damit sind die so genannten "Eingreifswerte" freilich eindeutig überschritten.

1997

Am **17. April** werden Ergebnisse der HGN-Untersuchungen im Umweltamt des Landkreises Demmin besprochen. Die Teilnehmer: Untere Wasserbehörde, Staatliches Amt für Umwelt und Natur Neubrandenburg und ein HGN-Vertreter. Auszug aus der Niederschrift: "1. Aufgrund der aktuellen Untersuchungsergebnisse besteht kein weiterer Handlungsbedarf für das Grundwasser. 2. Für den unmittelbar im Nordosten angrenzenden Garten ergeben sich aufgrund der oberflächennah nachgewiesenen, hohen Gehalte an Organochlorpestiziden an der Grundstücksgrenze des DIVER-Geländes weitere Bodenuntersuchungen zur Gefahrenerforschung".

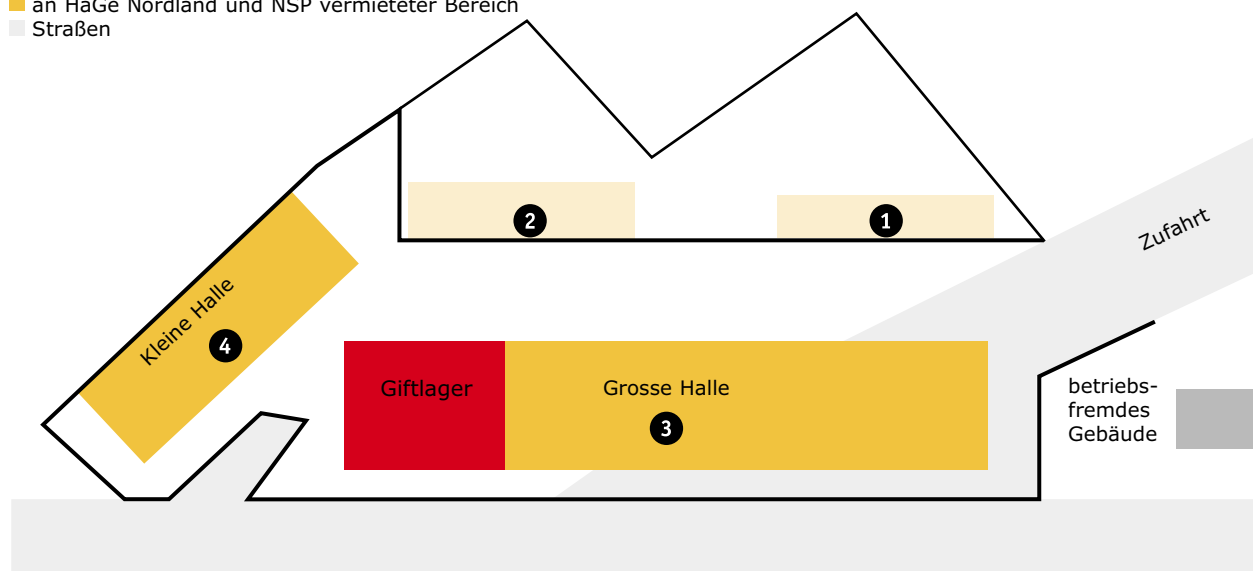
Am **25. November** findet ein weiteres Treffen statt, nun ist auch das Gesundheitsamt vertreten. In Schürfproben aus angrenzenden Gärten werden hohe Pestizidbelastungen von mehr als 50 Milligramm je Kilo Trockensubstanz gemessen. Auszug aus der Niederschrift: "Diese Größenordnung stellt eine besorgniserregende Kontamination des Bodens dar".

1998

Am **15. Januar** legt die HGN einen Zwischenbericht vor. Auszug: "Hinsichtlich der Bodenverunreinigungen am Standort (unmittelbares Betriebsgelände der DIVER Handels GmbH) besteht kein weiterer Handlungsbedarf." Allerdings: "Durch den oberflächigen Eintrag von hoch toxischen Organochlorpestiziden in die Gartenanlage Sonnenschein besteht eine hochgradige Gefährdung der menschlichen Gesundheit der Gartenbesitzer sowie der natürlichen belebten Umwelt durch direkten Bodenkontakt oder Verzehr von angebautem Obst und Gemüse." Vorsorglich empfiehlt die HGN, eine 60 Quadratmeter große Fläche auf dem DIVER-Gelände zu versiegeln, die sie als Kontaminationsquelle betrachtet. Veranschlagte Kosten dafür: 7.500 DM. Die Kosten für

Lageplan des DIVER-Geländes in Malchin, Stavenhagener Straße 17

- ehemaliges DIVER-Areal
- an HaGe Nordland und NSP vermieteter Bereich
- Straßen



- ① + ② ehemalige Betriebs- und Verwaltungsgebäude der DIVER
- ③ große Lagerhalle der DIVER. Im hinteren, roten Bereich lagern jahrelang verrostete Fässer mit Pestiziden. Hier wird später Öko-Getreide deponiert
- ④ unbelastete kleine Lagerhalle

die bisherigen Untersuchungen in Höhe von rund 35.000 DM werden der DIVER in Rechnung gestellt.

Seltsam: Niemand kommt auf die Idee, auf der Suche nach Kontaminationsquellen den hinteren Bereich der großen Lagerhalle zu beproben, in dem die Fässer mit PSM jahrelang lagerten.

Das Schweriner Landwirtschaftsministerium erfährt nichts von den Bodenvergiftungen, da das Gelände der DIVER GmbH nicht als Lagerort für Lebens- oder Futtermittel zugelassen ist. Die mit Geldproblemen kämpfende DIVER GmbH gerät immer mehr ins Schlingern. Teile des Geschäftsbetriebes werden aufgegeben, für das Malchiner Gelände ein Mieter gesucht.

1999

Thomas Radloff, Geschäftsführer der "Norddeutsche Saat- und Pflanzgut AG" (NSP), verhandelt mit der DIVER GmbH ergebnislos über den Kauf des Malchiner Betriebsgeländes, das unmittelbar an das dortige NSP-Areal angrenzt.

Die Nachbarn können sich nicht einig.

Statt dessen findet die DIVER GmbH einen Mieter für das Betriebsgelände:

Die HaGe Nordland ist interessiert und mietet die beiden Hallen am **5. März 1999** für zwei Jahre, beginnend vom 1.7.1999 bis zum 30.6.2001. Laut Vertrag sollen die Hallen "zur Lagerung von Getreide und Betriebsmitteln für die Landwirtschaft" genutzt werden. Allerdings fügen die DIVER-Geschäftsführer eine Klausel ein: "Das Mietobjekt darf nur für den vorbezeichneten Zweck und nach Maßgabe der jeweiligen behördlichen Bestimmungen genutzt werden. Die Vermieterin leistet keine Gewähr dafür, dass das Mietobjekt den für die beabsichtigte Nutzung in Frage kommenden behördlichen und anderen Vorschriften entspricht."

In den Nitrofen verseuchten, hinteren Bereich

der großen Halle lagert die HaGe Nordland 2.000 Tonnen Gerste. Im **Dezember 1999** übernimmt die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) die Gerste als so genannte Interventionsware in ein anderes Lager. Vorher wird die Gerste in der Getreidereinigungsanlage der HaGe Nordland in Altentreptow gesäubert. Dabei müssen sowohl Reinigungsanlage als auch die riesigen Silos in Altentreptow mit einer Lagerkapazität von 50.000 Tonnen massiv mit Nitrofen verseucht worden sein.

Anschließend wird die belastete Gerste nach Jordanien verkauft.

Im **Sommer 1999** gerät die DIVER GmbH in Insolvenz, der Neustrelitzer Steuerberater und Insolvenzverwalter Bernd Walte übernimmt die Geschäfte.

2000

Über den von ihr vollständig kontrollierten "Raiffeisen Agrodienst Teterow GmbH" steigt die HaGe Nord AG am 31. August bei der NSP ein und hält seitdem 33 Prozent der Anteile. – Die weiteren Drittel besitzen eine Ausgründung der Raiffeisenbank Schleswig-Holstein sowie die Flensburger "W. Nielsen 'Thor' GmbH".

2001

Die HaGe Nordland präsentiert dem Insolvenzverwalter NSP als Nachmieter.

Der neue Mietvertrag läuft wenige Monate, vom 1.8.01 bis zum 31.10.01.

Kurz darauf fällt die NSP-Geschäftsführung eine rätselhafte Entscheidung: Obwohl der NSP weitere Lagerhallen in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt sowie in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen, entschließt sich die NSP, auf dem belasteten Malchiner DIVER-Gelände ausgerechnet ihr zentrales Lager für Öko-Produkte einzurichten. Und obwohl auf dem Gelände mit zwei Hallen reichlich Lagerkapazität vorhanden ist, lagert die

NSP ihren Ökoweizen gerade dort, wo er auf keinen Fall lagern sollte: im abgetrennten, vom Eingang am weitesten entfernten, hinteren Bereich der großen Lagerhalle – dort, wo aufgrund der Pestizid-Verseuchungen eine starke Geruchsbelästigung existiert.

Die NSP beginnt mit der Einlagerung von 665 Tonnen ökologisch erzeugtem Weizen sowie von mehreren hundert Tonnen Dinkel, Hafer und Lupinen, ebenfalls aus Öko-Anbau, insgesamt etwa 1.000 Tonnen. Im Herbst 2001 beginnt die NSP, den in der Malchiner Halle gelagerten, mittlerweile stark mit Nitrofen kontaminierten Öko-Weizen zu verkaufen. Nach Auskunft des späteren BBA-Gutachters müssen beim Ausräumen des hinteren Hallenteils nitrofen-verseuchte Bodenablagerungen und Teile des porösen Hallenbodens selbst mit in das Getreide geraten sein. Andernfalls sei eine so hochgradige Vergiftung nicht möglich.

Ein Großteil der Lieferungen geht an das Raiffeisen-Unternehmen "GS agri" in Schneiderkrug. Von dort wiederum wandert der Weizen als Futter an die "Grüne Wiesen Biohöfe GmbH", die ebenfalls zur Raiffeisengruppe gehört und an der GS agri-Geschäftsführer Paul Römann mit 50.000 Euro persönlich beteiligt ist.

2002

Im **Januar** findet Babynahrungs-Hersteller "Hipp" Nitrofen in einer Lieferung Bioputenfleisch der "Grüne Wiesen Biohöfe GmbH". Am 28. Januar schickt der Geflügelzüchter Fleisch- und Futterproben an die Bundesanstalt für Fleischforschung in Kulmbach. Im März liegen die – positiven – Ergebnisse vor.

Anfang April findet der bayerische Ökoverband "Tagwerk" Nitrofen in Putenfleisch und informiert die Lebensmittelaufsicht in Augsburg.

Am 24. Mai dringen erste Details des Skandals an die Öffentlichkeit.

Am **1. Juni**, einem Samstag, will Rainer

Moser, Leitender Oberstaatsanwalt von Neubrandenburg, in seinem Büro Akten aufarbeiten. Dort erreicht ihn der Schweriner Generalstaatsanwalt und erteilt Ermittlungsauftrag. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verstoßes gegen Paragraph 20 des Futtermittelgesetzes. Danach wird bestraft, wer "Futtermittel derart herstellt oder behandelt, dass sie bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Verfütterung die von Tieren gewonnenen Erzeugnisse beeinträchtigen können, oder solche Erzeugnisse in den Verkehr bringt und dadurch die Gesundheit von Menschen gefährdet".

Am **8. Juni** treffen sich Vertreter des Bundesumweltministeriums, des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und der BBA sowie Experten der ehemaligen DDR-Administration zu einem Krisengespräch. Protokolliert wird die Sitzung von jener Beamtin, die 1993 das Landwirtschaftsministerium in Bonn so eindringlich gewarnt hatte.

Am **9. Juni** findet eine erste Probennahme im PSM-Lager der Malchiner Halle statt. Bei einer Schürfprobe im kontaminierten Bereich messen die Wissenschaftler der BBA erschreckende 34 Gramm Nitrofen je Kilogramm. Eine so genannte "Produktablagerung" am Hallenboden enthält sogar 458 Gramm Nitrofen je Kilo. Es wird beschlossen, zusätzliche Untersuchungen vorzunehmen.

Am **13. Juni** nimmt die BBA weitere Proben bei dem Malchiner Futtermittelhersteller "FUGEMA" sowie in den Silos und Getreidereinigungsanlagen der NSP in Malchin und Teterow. Für FUGEMA gibt es Entwarnung, nicht aber für die Reinigungsanlage der NSP in Malchin. Hier werden 31,6 Milligramm Nitrofen je Kilogramm Staub gemessen. Zitat: "Diese Gehalte sind als relevant für eine mögliche Belastung des Getreides anzusehen." Die Anlage wird gesäubert.

Am **17. Juni** lässt die NSP verbreiten: "Die NSP wurde anlässlich des Vertragsabschlusses von dem Vermieter auch in keiner Weise auf

Vornutzungen hingewiesen, die dem vertraglich vereinbarten Nutzungszweck entgegenstehen." Die NSP war jahrelanger unmittelbarer Nachbar der DIVER, die Geschäftsführer sind einander bekannt.

Am **20. Juni** legen die Wissenschaftler der BBA rückstandsfreie Getreideproben im kontaminierten Bereich der Halle aus, um mögliche Übertragungswege von Nitrofen über die Luft zu prüfen. Ergebnis: "Bei den Kornproben sind in fast allen Fällen positive Befunde aufgetreten." Jedoch sei "der Kontaminationspfad über die Luft als vernachlässigbar gering einzustufen".

Am gleichen Tag besuchen die BBA-Mitarbeiter auch die Getreidereinigungsanlage der HaGe Nordland in Altentreptow und messen auf Nitrofen. Man wird rasch fündig: Insbesondere die so genannten „Becherwerksköpfe“ des Silos sind mit Nitrofen verseucht (8,0 mg/kg). Zitat aus der Untersuchung: "Diese Gehalte sind als relevant für eine mögliche Belastung des Getreides anzusehen". Die Forscher empfehlen daraufhin, "die Anlage zu Reinigungszwecken mit einer der Anlage entsprechenden Menge an Getreide bei voller Leistung zu fahren". Allerdings sind hier seit dem Durchlauf der mutmaßlich 2.000 Tonnen nitrofenverseuchter Gerste im Winter 1999/2000

nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 100.000 Tonnen Getreide gereinigt und an die Empfänger ausgeliefert worden. Das Nitrofen wurde demnach großflächig verschleppt.

Noch **im Juni** wird die Getreidereinigungsanlage in Altentreptow zerlegt und komplett gereinigt. Die letzten Spuren sind verwischt.

Das Schweriner Umweltministerium lässt die mit Pestiziden belasteten Gärten nach eigenen Angaben noch im Juni erneut untersuchen – die gemessenen Belastungen lägen jedoch "weit unter der Gefahrenschwelle", wie eine Ministeriums-Sprecherin erklärt.

Mitte Juli beginnt die Raiffeisentochter R+V Versicherung die Schadensregulierung bei GS agri und bei Grüne Wiesen Biohöfe. Die Deckungssumme, laut R+V-Angaben ein "einstelliger Millionenbetrag", wird unter den Anspruchsberechtigten aufgeteilt.

Am **29. Juli** wäscht sich die Grüne Wiesen Biohöfe GmbH rein: Sie ändert ihren Namen, verlegt den Firmensitz von Schneiderkrug nach Emstek und firmiert fortan als "GWE Biofeinkost GmbH".

Im **Oktober** firmiert die NSP als Anbieter von ökologischem Saatgut auf der Internetseite von www.organicxseeds.com.

RÄTSEL UM DIE RAIFFEISEN HAUPTGENOSSENSCHAFT NORD AG

Die Gesprächsbereitschaft der „HaGe NORDLAND GmbH & Co“, über zwei Jahre Mieterin der beiden DIVER-Hallen in Malchin, ist nicht gerade überwältigend: Auskünfte an die Presse, erklärt ein Mitarbeiter, erteile grundsätzlich nur „Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG“ (HaGe Nord) in Kiel.

Auch die Kieler Hauptgenossenschaft ist wenig auskunftsbereit: Die Zentrale stellt Journalisten direkt durch in das Büro des Syndikus der HaGe Nord, Rechtsanwalt Harald Sommerfeld. Der wiederum mag sich grundsätzlich nur zu schriftlichen Anfragen äußern. Rechtsanwalt Sommerfeld ist möglicherweise zu Recht vorsichtig, denn um die Rolle der HaGe Nordland im Zusammenhang mit dem Nitrofen-Skandal gibt es nach wie vor zahlreiche Rätsel:

- „Relevante Gehalte“ von Nitrofen werden noch im Juni 2002 von Wissenschaftlern in der Getreidereinigungsanlage der HaGe Nordland in Altentreptow gemessen. Offizielle Ursache für die Verseuchung ist nach behördlichen Angaben eine Charge Gerste von 2.000 Tonnen, die hier vor etwa zweieinhalb Jahren gereinigt worden sei. Die Gerste hat demnach vorher in der berüchtigten Malchiner Lagerhalle der DIVER gelegen, welche die HaGe Nordland vom 1.7.1999 bis zum 30.6.2001 gemietet hatte. Anschließend hatte die HaGe Nordland NSP als Nachmieter präsentiert.
- Die Getreidereinigungsanlage, rund 45 km von Malchin entfernt gelegen, verfügt selbst über Lagerkapazitäten von etwa 50.000 Tonnen. Es macht kaum Sinn, für zwei Jahre ein zusätzliches Lager anzumieten, in dem dann über den gesamten Vermietungszeitraum lediglich 2.000 Tonnen Gerste eingelagert werden.
- Seit der besagten Charge Gerste müssen mindestens 100.000 Tonnen weiteres Getreide die Anlage durchlaufen haben. Experten spekulieren darüber, wie sich die im Juni 2002 gemessenen Belastungen von 8 Milligramm Nitrofen je Kilogramm Feinstaub in den so genannten „Becherwerksköpfen“ des Silos so lange halten konnten.
- Würden möglicherweise größere Mengen Getreide in der Malchiner Halle gelagert und umgeschlagen, als die HaGe zugeben will? Hat die HaGe Nordland damit eine bislang unbekannte Nitrofenkontamination von Getreide ausgelöst?
- Aufschluss könnten die Betriebsunterlagen über den Warengutverkehr der Malchiner Lagerhalle bringen - sofern diese nicht verloren gegangen sind. Hilfreich wären aber auch Aussagen früherer Mitarbeiter der HaGe Nordland in Malchin. Am 15. Oktober am späten Nachmittag erklärt die Raiffeisen HaGe per Fax: „Die Belegung der Lagerhalle erfolgte durch Einlagerung einer Partie Gerste von ca. 5.500 to ex Ernte 1999, beginnend ab dem 20.7.99. Der Auslagerung der Partie erfolgte bis zum 29.12.99.“ Foodwatch hatte wegen der oben genannten Widersprüche und ungeklärten Fragen bei der ermittelnden Staatsanwaltschaft Neubrandenburg Strafanzeige gegen die Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG gestellt.

Die Entwicklung bis April 2004

Im Jahr 2003 hat foodwatch intensiv weiter recherchiert, um die Strukturen und Mechanismen hinter dem Nitrofen-Skandal öffentlich zu machen.

Dabei hat foodwatch unter anderem geheime Vereinbarungen und Beteiligungsverhältnisse zwischen Firmen aufgedeckt, die die Frage der Verantwortlichkeiten in neuem Licht erscheinen lassen.

Auch diese Rechercheergebnisse sind auf den Webseiten von foodwatch dokumentiert. Zudem hat foodwatch Einsichtnahme in Gutachten und andere Dokumente zu dem Nitrofenverfahren verlangt. Dies ist verwehrt worden.

Ende März 2004 hat die Staatsanwaltschaft foodwatch mitgeteilt, dass die Ermittlungen, die aufgrund der Strafanzeigen von foodwatch eingeleitet worden waren, eingestellt werden. Damit war klar, dass das gesamte Verfahren vor der Einstellung steht. Anfang April hat foodwatch dies öffentlich gemacht, u.a. berichtete der SPIEGEL.

Am 14.4.2004 teilte die Staatsanwaltschaft die Einstellung der Nitrofen-Ermittlungen offiziell mit. Verwaltungsbehörden sollen noch prüfen, ob zumindest Ordnungswidrigkeiten vorliegen. Doch neue Dokumente untermauern, dass der Nitrofen-Skandal weit mehr ist. foodwatch prüft daher neue rechtliche Schritte und sorgt erneut dafür, dass Verbraucherinnen und Verbraucher alles über den Skandal und die Hintergründe erfahren.

foodwatch. Die Organisation

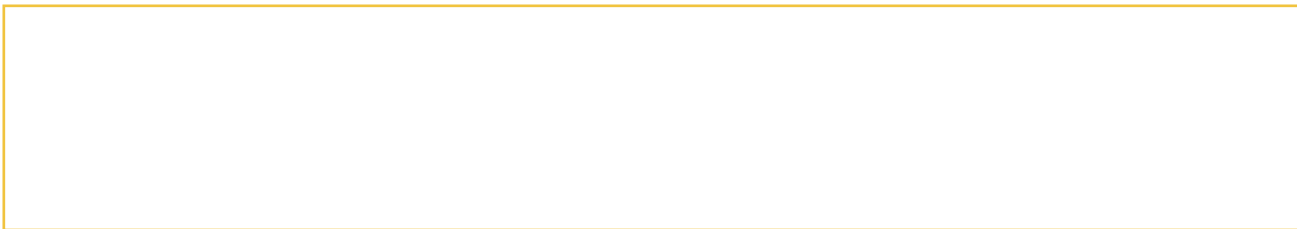
foodwatch ist eine politisch und finanziell unabhängige, gemeinnützige Organisation, die sich für Verbraucherinteressen im Bereich Ernährung einsetzt.

foodwatch ist weltanschaulich ungebunden und finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spendengelder.

foodwatch macht sich für Marktransparenz und sichere Nahrungsmittel zum Schutz der Verbraucher stark. foodwatch gibt den Verbrauchern Gelegenheit, gemeinsam zu handeln und damit ihre Macht zu bündeln.

foodwatch richtet sich an Menschen, die ihr Recht auf gesunde Lebensmittel und auf transparente Information einfordern, beim Essen auch auf soziale und globale Auswirkungen achten und sich aktiv für Veränderungen einsetzen wollen.

foodwatch setzt auf Qualität, Vielfalt und Natürlichkeit des Essens - und fordert Demokratie auf den Teller!



Impressum und Kontaktadresse:

foodwatch e.V. • Brunnenstraße 181 • 10119 Berlin • Telefon: 030-240 476 0 • Fax: 030-240 476 26
www.foodwatch.de • E-Mail: info@foodwatch.de
Carsten Direske (v.i.S.d.P.)